Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. W. – Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 247 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 30 Reichspfennig und Porto. — | Halver Samstag, den 22. Oktober | Erscheint werktäglich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — — Postscheckkonto: Dortmund 2941. — — | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Besprechungen zwischen Deutschland, Dänemark und Finnland über die Neuregelung der Buttereinfuhr nach Deutschland haben zu einer Verständigung geführt.

* Die Reichsregierung nimmt Stellung zu den Ausführungen Adolf Hitlers über die deutschen Rüstungsforderungen.

* Im österreichischen Parlament ist es zu großen Lärmszenen mit einem Tintenfaßbombardement gekommen.

Komödien des Tages.

Konferenzgräber — Deutschlands Kolonien — Politischer Geisteskampf.

Ein paar hinterher flatternde Meldungen, vielleicht sogar ein paar hinterher laufende Bemühungen konnten nichts mehr daran ändern: Macdonalds Vermittlungsaktion ist aus und erledigt. Sie ist endgültig gescheitert, und als mehr oder weniger überflüssiges Nachspiel folgte der Tragödie nun die Komödie des Streits um die „Schuld"frage. Deutschlands Regierung hat sich in diesen Streit interessierter und sich interessant machender Staatsmänner und Politiker nicht eingemischt; vielleicht wird der Reichskanzler diesem nun hinter uns liegenden Geschehen bei Gelegenheit noch ein paar Worte der Aufklärung widmen, besonders da Macdonald als englischer Ministerpräsident sich nicht gerade sehr liebenswürdig zu der Haltung unserer Regierung geäußert hat, — aber das alles wären nur Leichenreden, die die totgeschlagene Viermännerkonferenz doch nicht wieder zum Leben erwecken. Ein bißchen wird man auch wohl noch im englischen Parlament darüber sprechen, aber dann kriegt das Grab einen Denkstein von der Historie gesetzt: Hier liegt etwas begraben, was totgeschlagen wurde, ehe es noch das Licht der Welt erblickte! Konferenz Nummer soundsoviel, — denn die Reihe dieser Konferenzgräber ist schon recht lang, und viele unzählige Hoffnungen der Menschheit sind dort mitbestattet worden. Teils beigesetzt unter dem hohlen Pomp nichtssagender diplomatischer Phrasen, teils heimlich im Dunkel der Nacht, weil der Totengräber, nämlich die Politik des Unverstandes und der Böswilligkeit, es ungern hat, wenn man seinem verhängnisvollen Tun zusieht. Für die Reichsregierung lohnt es sich nicht, auch nur einen Blick auf das Grab zurückzuwerfen, denn nur — „die Lebenden haben recht" oder vielmehr: sie verlangen ihr Recht. Peitscht doch Herriot als der europäische Lenker und Leiter die Entwicklung unbeirrt und ohne rückwärts oder seitwärts zu sehen allein auf das Ziel los, das er zweifellos auch schon in London dem englischen Ministerpräsidenten weit hinter dessen Vermittlungsplänen gezeigt hat: die Verwirklichung des neuen großen „Abrüstungs- und Sicherheitsplans" französischer Herkunft, bei dem man dann in irgendein Eckchen etwas hineinklebt, was die „deutsche Gleichberechtigung" darstellen soll. Den Staat, dessen Anwesenheit bei dieser „Arbeit" sich vielleicht unangenehm spürbar machen könnte, Deutschland also, will Herriot einfach nicht zulassen, und hat dies erreicht durch Aufstellung von Bedingungen, deren Annahme für Deutschland nicht bloß unmöglich ist, sondern mit deren Ablehnung Herriot von vornherein gerechnet hat und rechnen durfte.

*

Man könnte das alles eine Komödie nennen, wenn es sich nicht um so furchtbar ernste Dinge handeln würde und es sich die Genfer Politiker nicht verböten, sie als Komödianten zu bezeichnen. Immerhin hat schon vor dreihundert Jahren ein berühmter schwedischer Kanzler seinem Sohn anvertraut, es sei ganz unglaublich, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird. Heute scheint die geistige Produktion für diesen Zweck in Paris, Genf „und umliegenden Ortschaften" besonders stark zusammengeschrumpft zu sein, — nur ist es die Welt, sind es die Völker, die das zu spüren bekommen! Aber die „Federfuchser" sind nicht allein schuld an all dem Elend, und des Herrn Professors Wilson abgrundtiefe Unkenntnis über Deutschland nicht allein die Ursache dafür, daß zu ihm Herr Tardieu mit einer gefälschten „Bitte der Saarländer um Anschluß an Frankreich" oder die Polen und Tschechen mit falschen Landkarten kommen konnten, und nun Deutschland zerschnitten wurde, jeder das von ihm begehrte Stück Land abreißen konnte! Ist's denn viel anders geworden seitdem, wenn man heute, jawohl heute in den Blättern des weitaus größten amerikanischen Zeitungskonzerns, nämlich der uns nicht grade freundlichen Hearst-Presse, lesen muß, wie jetzt anläßlich der Fünfzigjahresfeier des Deutschen Kolonialvereins, in der der Ruf Deutschlands gegen die Kolonialllüge und für den Wiedererwerb unserer geraubten Kolonien laut wurde:

„Deutschland will die Rückgabe der Kolonien verlangen. Welche Kolonien verlor Deutschland nach dem Krieg? Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, einen Teil von Ost- und Oberschlesien, Memel, Danzig und den nördlichen Teil von Schleswig. Auf die Rückgabe welcher Kolonien legt Deutschland besonderen Wert? Auf den polnischen Korridor, Danzig, Memel, Oberschlesien, Eupen-Malmedy und einen Teil vom Elsaß."

Da erscheint es unmöglich, auch nur den schüchternen Versuch zu machen, derartiges als ernsthaft geglaubt und geschrieben anzusehen. Und doch ist das der Fall. Bloß daß damit der Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen mit einer geradezu amerikanischen Schnelligkeit getan worden ist. Das ist aber keine Komödie, sondern eine „Tragödie der Irrungen".

*

Doch das Ernsthafte, diese vorläufig noch ersten Akte eines Schauspieles, das leicht zur Tragödie werden kann, üben nur geringe Rückwirkungen auf den Wahlkampf aus, der nun auch — allerdings als ein zeitlich stark zusammengedrängtes Schauspiel — angehoben hat oder, wie man zu sagen pflegt, „die ersten Wellen schlägt". Hoffentlich bleiben diese Wellen aber mehr als im Juli solche nur papierner und oratorischer, also geistiger Art, und rötet sich nicht von Menschenblut wie damals! Aber wie oft und wo kommt es denn in den Wahlversammlungen noch zu einem Geisteskampf der politischen Gegner, wo zu einer „freien Aussprache" wie früher, auch wenn diese angekündigt ist? Es sind ja größtenteils nur Wahlkundgebungen einer Partei, Demonstrationen also, in die sich hineinzuwagen für die Parteigegner ohne Schutz nicht gerade geratsam ist. Versuche, es doch wieder zu einer wirklichen Aussprache zwischen den Gegnern kommen zu lassen, sind hier und da zu verzeichnen, stecken aber noch in den Anfängen und dürften bei der Kürze der Zeit bis zum 6. November kaum viel Schule machen. Und doch kann die Wahrheit, vielleicht sogar eine — Verständigung nie mit „schlagenden", sondern nur mit geistigen Gründen gesucht und gefunden werden. Dr. Pr.

Reichsregierung und Wahlpropaganda

Die Parteienhydra und der starke Regierungsarm.

Regierungsdementi um ein Wahlplakat.

Die Anschlagsäulen in zahlreichen Orten zeigen seit kurzem ein Plakat, das einen starken Regierungsarm darstellt, der eine Hydra mit Schlangenköpfen umklammert, die verschiedene Parteien versinnbildlichen sollen. Die Presse hatte sich in längeren Ausführungen mit diesem Plakat befaßt und an die Regierung waren Fragen gerichtet worden, die jetzt dahin beantwortet werden: Von seiten der Reichsregierung kann nicht festgestellt werden, ob es sich hierbei um ein Plakat der neugegründeten „Werbezentrale Volksdienst" handelt. Festgestellt werden kann aber, daß für diese Werbezentrale Staatsgelder in keiner Weise gegeben worden sind oder gegeben werden.

Mit der „Werbezentrale Volksdienst" hatte sich u. a. auch eine kommunistische Zeitung unter Berufung auf einen Artikel der Korrespondenz Der Tatkreis befaßt. Die genannte Korrespondenz hatte u. a. behauptet, daß an den vorbereitenden Besprechungen für die Organisation der Werbezentrale und ihre Finanzierung durch eine dritte Stelle auch der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung teilgenommen habe. Hierzu wird festgestellt, daß der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung an solchen Vorbesprechungen nicht teilgenommen habe und demzufolge auch die anderen daran geknüpften Schlußfolgerungen unrichtig sind.

*

Die Regierungsfonds zur Förderung der Presse.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Planck, hat an das Mitglied des Reichstages Kurt Heinig nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Der Vorwärts veröffentlicht eine Zuschrift, die Sie ihm geschickt haben. Sie führen in ihr aus, daß der Reichskanzler vor dem Untersuchungsausschuß im Preußischen Landtag erklärt habe, es gebe im Reichshaushalt nur zwei Dispositionsfonds, die für die Presse in Betracht kämen; tatsächlich gebe es deren aber fünf. Darf ich hierzu feststellen, daß ich Ihren Ausführungen keineswegs zustimmen kann. Für die Unterstützung der inländischen Presse, und nur um diese hat es sich im Untersuchungsausschuß gehandelt, kommen nur die von dem Herrn Reichskanzler genannten beiden Dispositionsfonds in Betracht. Weder der Fonds für Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland, noch der Dispositionsfonds des Auswärtigen Amtes „Geheime Ausgaben", noch der Dispositionsfonds des Reichswehrministeriums dürfen von Rechts wegen mit der deutschen Presse irgend etwas zu tun haben. Das mag früher anders gehandhabt worden sein, ich kann Ihnen aber die Zusicherung geben, daß unter der jetzigen Reichsregierung keinerlei Mittel aus diesen Fonds der deutschen Inlandspresse zugeflossen sind oder zufließen werden."

Papen antwortet Hitler

Der deutsche Standpunkt in der Abrüstungsfrage.

Eine Antwort Papens auf Hitlers offenen Brief.

Im Völkischen Beobachter in München hat der Führer der Nationalsozialisten Adolf Hitler einen vier Zeitungsseiten umfassenden Offenen Brief an den Reichskanzler veröffentlicht. Der Brief, der zu propagandistischen Zwecken in Millionen von Exemplaren verbreitet worden ist, stellt eine Antwort dar auf die Rede des Kanzlers anläßlich seines Besuches in München. Hitler kritisiert in dem Brief scharf die gesamte Politik der Reichsregierung, sowohl die Innenpolitik, die Wirtschaftspolitik und die Außenpolitik. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, auf diesen Brief eine Antwort zu geben, aber nur soweit sich der Brief mit der Außenpolitik beschäftigt. Denn die Regierung ist der Auffassung, daß dieser außenpolitische Teil des Hitlerbriefes schwere Schäden verursacht. Deshalb weist sie die in diesem Brief aufgestellten Behauptungen schärfstens zurück. Die amtliche Erklärung lautet:

Amtlich wird mitgeteilt:

In einem offenen Brief an den Reichskanzler hat Adolf Hitler Behauptungen über den Standpunkt der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage aufgestellt, die im Interesse der deutschen Außenpolitik auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen. Hitler behauptet: Deutschland sei mit einem Aufrüstungsprogramm vor die Welt getreten; es habe die Forderung nach einer 300 000-Mann-Armee erhoben; es habe ferner den Bau von Großkampfschiffen usw. gefordert. Diese drei Behauptungen sind in vollem Umfange unwahr. Deutschland hat niemals andere Forderungen erhoben als diejenigen, welche das veröffentlichte Memorandum vom 29. August enthält.

Es verlangt nach wie vor, daß die anderen Staaten auf einen Stand abrüsten, der unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jeden Landes demjenigen Rüstungsstand entspricht, der uns durch den Versailler Vertrag auferlegt worden ist. Trägt die Abrüstungskonferenz dieser unserer grundsätzlichen Forderung nicht Rechnung, so müssen wir verlangen, daß nicht weiter zweierlei Recht gilt, sondern daß die in Genf abzuschließende Abrüstungskonvention auch auf Deutschland Anwendung findet. Deutschland fordert auch in diesem Falle keine Aufrüstung. Der Zustand darf aber nicht weiterbestehen, daß uns grundsätzlich Waffen verboten sind, die anderen Staaten als unentbehrliche Mittel der Verteidigung erlaubt bleiben.

Die Reichsregierung stellt in aller Öffentlichkeit fest, daß Herr Adolf Hitler in seinem offenen Brief vom 20. Oktober unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit das Interesse des deutschen Volkes auf das schwerste zu schädigen. Das Urteil über dieses Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke!

„Neubau des Staates".

Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP.

Der Preußische Pressedienst der NSDAP. veröffentlicht das durch den Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, Mitglied des Reichstages, in einer Berliner Wahlversammlung zum Vortrag gebrachte wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP. Es heißt darin u. a.:

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erstrebt einen Neubau des Staates und der Wirtschaft auf nationalsozialistischer Grundlage, was nur durch eine tiefergreifende Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems in einer Totallösung zu erreichen ist. Wir sind überzeugt, daß das deutsche Wirtschaftssystem in seiner jetzigen Verfassung nicht aufrecht zu erhalten ist. Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik muß sein die Erhaltung und Stärkung der nationalen Volks- und Bodenkräfte, so daß jeder Deutsche von seiner Arbeit wieder Nutzen hat und zwar jeder einzelne nach seiner Leistung. Nach diesem Grundprinzip muß die deutsche Wirtschaftspolitik einheitlich geführt werden.

Gegenüber einem Aufbauprogramm, wie dem unsrigen, so heißt es dann im Anschluß an den Wortlaut der Grundforderungen, sind die Maßnahmen der Regierung Papen völlig unzulänglich, ja, man muß sagen, daß die Regierung Papen geradezu die Arbeitsbeschaffung verhindert.

Landwirtschaftsforderungen der DNVP.

In einem Schreiben an den Reichskanzler werden von deutschnationaler Seite nochmals die wichtigsten Forderungen für die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft unterbreitet. Verlangt wird zunächst die sofortige Einführung von autonomen Gesamtkontingenten für diejenigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, deren Preisbildung direkt oder indirekt durch unnötige ausländische Einfuhr beeinflußt wird. Dann wird darauf hingewiesen, daß der Zinsendienst für den Personalkredit, der eine erschreckende Höhe erreicht habe, eine völlige Lähmung der Wirtschaft er-

zwinge. Hier müsse unbedingt durch eine sofortige Festsetzung der zulässigen Zwischenspanne und durch weitgehende Umwandlung des Personalkredits in langfristigen Realkredit Abhilfe geschaffen werden.

Die Zuckersteuer sei allgemein auf die vor Erlaß der Notverordnung festgesetzte Höhe zu senken, bei der Umsatzsteuer sei sofortige Wiederherstellung der Freigrenze von 5000 Mark und Vereinheitlichung der Umsatzsteuer für sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf 85 Prozent erforderlich. Ferner wird Verwendungszwang von einheimischen Ölen und Fetten für die Margarinefabrikation gefordert. Schließlich sei der Erlaß der alten Saatgut- und Winzerkredite sowie ähnlicher vor längerer Zeit gegebener Kredite eine dringende Notwendigkeit. Bezüglich der neueren von der öffentlichen Hand gegebenen Kredite müsse dringend eine vorläufige Stundung verlangt werden.

Kurze politische Nachrichten.

Das oldenburgische Staatsministerium teilt mit: Das Staatsministerium hat den bisherigen Regierungspräsidenten Dörr (Birkenfeld) zur Disposition gestellt und den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Herbert Wild mit der Führung der Geschäfte beauftragt.

*

Zwischen dem badischen Kultusminister Baumgartner und dem Vertreter des Vatikans, Kardinal Pacelli, haben in einem Kloster am Bodensee Besprechungen über den Abschluß eines Konkordats stattgefunden. Die Verhandlungen sollen so gut wie abgeschlossen sein. Der Vertrag wird nach den Reichstagswahlen dem Landtag zur Annahme vorgelegt. Die badische Regierung besteht aus einer Koalition zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Volksparteilern.

*

Die Aussichten des amerikanischen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Roosevelt gegenüber dem Kandidaten der Republikaner, Hoover, werden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen einer von einer Zeitschrift vorgenommenen Probeabstimmung mit 3:2 zugunsten Roosevelts bewertet.

Die feste Haltung der Regierung in der Gleichberechtigungsfrage.

England lenkt ein.

Die Früchte der festen Haltung, die die Reichsregierung in der Abrüstungsfrage eingenommen hat, zeigen sich in dem Umschwung, der sich deutlich in einer neuen Stellungnahme des englischen Außenministers Simon zu den deutschen Forderungen ausdrückt. Nachdem er in seiner ersten Note sich in sehr schroffer Form zu der deutschen Gleichberechtigungsfrage geäußert hatte, erklärte er jetzt vor einer Deputation hoher geistlicher Würdenträger, daß es ein allgemeines Mißverständnis sei, in der englischen Note den juristischen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu rücken.

„Im Gegenteil," so erklärte Simon, „die Note ist grade abgefaßt worden, um auszudrücken, daß die deutsche Forderung und unsere Pflicht nicht nach juristischen Formeln diskutiert werden können. Ich bin gern bereit, zuzugeben, daß die Diktion der Note hier und dort diesem Zweck nicht immer klar gedient hat.

Aber ich freue mich, die Gelegenheit zu der Erklärung zu haben, daß die Note, die nicht meine eigene Schöpfung, sondern die der Regierung war, dem Zwecke diente, das Feld für Verhandlungen und für eine von Mißverständnissen freie Debatte zu klären."

Dieses Abrücken des englischen Außenministers von seiner wegen ihres schroffen Tones mit Recht scharf kritisierten Note zeigt, daß England sehr viel daran liegt, Deutschland wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Es versucht immer wieder die Tür zu öffnen, die Frankreich brüsk zugeschlagen hat.

Englands Kirchenführer fordern Abrüstung und Gleichberechtigung.

Eine Abordnung englischer Kirchenführer, die Vertreter sämtlicher englischen Kirchen mit Ausnahme der römisch-katholischen Kirche umfaßte, trug dem Ministerpräsidenten Macdonald und dem Außenminister Simon ihre Ansichten zur Abrüstungsfrage vor. Man forderte, daß die englische Regierung bei Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz sofort eine endgültige Abrüstungspolitik erklären solle, die sich auf die Durchführung des Hoover-Planes und die Gleichberechtigung aller Mitglieder des Völkerbundes stütze. England sei ehrenhalber verpflichtet, die im Versailler Vertrag abgegebenen Versprechungen zu erfüllen, daß die zwangsweise Abrüstung Deutschlands der erste Schritt der allgemeinen Abrüstung der anderen Staaten sein solle. Das Unvermögen der Staatsmänner, bisher ein greifbares Abrüstungsmaß herbeizuführen, sei ein Zeichen moralischen Bankerotts und habe eine bedauerliche Wirkung auf die öffentliche Moral. Das Eingreifen der Kirchenfürsten in die Politik hat in England ganz erhebliches Aufsehen erregt. Das Kabinett wird sich notgedrungenerweise mit den von der Kirche aufgestellten Forderungen befassen und entsprechende Rücksichten auf den durch die Kirchen vertretenen Teil der öffentlichen Meinung nehmen müssen.

Eine Erklärung Kleppers.

Und eine Erwiderung Melzers.

Der frühere Präsident der Preußenkasse, Dr. Klepper, hat infolge der Vertagung des Landtagsuntersuchungsausschusses der Öffentlichkeit eine Erklärung übermitteln lassen, in der er zu den Aussagen des Redakteurs Melzer, des Leiters der Landwirtschaftlichen Wochenschau, Stellung nimmt. Dr. Klepper verwahrt sich u. a. dagegen, daß er jemals, gegenüber einem Journalisten, insbesondere Melzer gegenüber, versucht habe, durch Zuwendungen irgendwelcher Art einen Einfluß auf dessen Urteilsbildung oder Meinungsäußerung auszuüben. Es sei unwahr, daß er, Klepper, irgendwann einen Kredit oder sonstige finanzielle Vorteile Melzer angeboten habe. Ebenso unwahr sei es, daß Melzer nach jenem Zusammensein die Beziehungen zu ihm abgebrochen habe. Er, Klepper, habe Melzer an dem fraglichen Abend überhaupt erst kennengelernt.

Zu dieser Erklärung Kleppers hat wiederum Melzer Stellung genommen. Melzer betont zunächst, daß er noch vor Kenntnis der Verlautbarung Kleppers eine Erklärung in der Landwirtschaftlichen Wochenschau herausgegeben habe, in der er geschrieben hätte: Er sei davon überzeugt, daß auch auf Grund einer Gegenüberstellung mit Klepper im Untersuchungsausschuß seine, Melzers, unter Bezugnahme auf den zu leistenden Eid gemachten Angaben uneingeschränkte Geltung behalten würden. Melzer geht dann zu der jetzt abgegebenen Erklärung Kleppers über und sagt, er halte derartige Aussagen für fruchtlos. Da nur ein Gericht befugt sein könne, den Wahrheitswert von Aussagen und etwaigen Gegenaussagen abzuwägen, verzichte er auf die Wiederholung seiner vor dem Untersuchungsausschuß gemachten Angaben und auf die Einzelwiderlegung „der von Minister Klepper zum Versuch der Stützung seines Dementis erweislich falschen Angaben". Er, Melzer, halte seine Aussagen aufrecht und könne sie notfalls ergänzen.



Der neue Heeres-Sanitäts-Inspekteur.
Zum Nachfolger des Generaloberstabsarztes und Chefs des Heeressanitätswesens, Professors Dr. Frantz, ist Generalstabsarzt Dr. Waldmann ernannt worden.

Berücksichtigung des Mittelstandes bei Vergebung öffentlicher Arbeiten.

Auf einen Brief an den Reichskanzler hat Geheimrat Quaatz (Dtn.) vom Staatssekretär in der Reichskanzlei unter dem 18. Oktober eine Antwort erhalten, in der es u. a. heißt: Die Reichsregierung ist seit langem nach Kräften bemüht, die staatliche Beschaffungspolitik im Sinne einer möglichst weitgehenden Berücksichtigung der mittleren und kleineren Betriebe, insbesondere auch der Handwerksbetriebe, zu führen. Gleichwohl hat das Schreiben dem Reichskanzler Veranlassung gegeben, den für allgemeine Fragen des Submissionswesens zuständigen Reichsminister der Finanzen zu bitten, den Reichsressorts erneut einen Hinweis an die nachgeordneten Dienststellen auf die früheren Anweisungen wegen der Berücksichtigung des Mittelstandes bei Vergebung von Aufträgen zu empfehlen und auch auf die Landesregierungen in gleichem Sinne einzuwirken.

Die Neuregelung der Buttereinfuhr.

Die Verteilung der Kontingente.

Zu der in Verhandlungen mit Finnland gefundenen Regelung der Frage der Buttereinfuhr nach Deutschland wird an zuständiger Stelle ergänzend mitgeteilt: Dem jetzt festgelegten Einfuhrkontingent von 55 000 Tonnen standen im Jahre 1931 100 000 Tonnen und im Jahre 1932, nach den Berechnungen der ersten drei Vierteljahre, 72 000 Tonnen gegenüber. Die Zollsätze waren fünffach verschieden, nämlich 50 Mark für ein Kontingent von 5000 Tonnen, wozu für die valutaschwachen Länder ein Zuschlag von 36 Mark hinzutrat, der Normalsatz von 100 Mark (dazu ein Valutazuschlag von 36 Mark), schließlich der Obertarif von 170 Mark. Für 1932 wird sich der durchschnittliche Zollsatz nur auf 67 Mark belaufen, da zu den hohen Zollsätzen ohnehin kaum eingeführt wird. Dieser Durchschnittssatz wird für die Buttereinfuhr im nächsten Jahre im Zuge der jetzt gefundenen Kontingentierung zweifellos noch eine Senkung erfahren. Eine Anzahl von Ländern nämlich war unter der bisher gültigen Regelung in der Lage, die Kontingente zu niedrigem Zollsatz nicht nur zu erfüllen, sondern auch ihre Produktion auszuweiten. Die neue Regelung nimmt jedoch Rücksicht auf die deutschen Ausfuhrinteressen insofern, als die Butterausfuhrländer in dem Maße begünstigt werden, in dem sie für die deutsche Industrieausfuhr in Frage kommen.

Für die deutsche Landwirtschaft entscheidend ist ferner die Tatsache, daß nunmehr ein festes Einfuhrkontingent von 55 000 Tonnen vorhanden ist, über das hinaus nichts weiter eingeführt wird. Zur Erfüllung dieses Kontingents ist Deutschland jedoch nicht verpflichtet, sondern die Butterausfuhrländer zur Erfüllung ihrer Kontingente berechtigt.

Was Holland angeht, so sind die bisher geführten teils privaten Verhandlungen durch die gefundene Neuregelung mit Finnland und den übrigen Ländern überflüssig geworden. Holland erhält nach dieser Neuregelung von dem Gesamtkontingent 21 Prozent, Dänemark 32 Prozent, Schweden 8 Prozent, Rußland 5 Prozent, Estland 6 Prozent, Finnland 3,8 Prozent, Lettland 10 Prozent.

Die Kontingentierungsverhandlungen.

Besprechungen in Paris.

In der Zeit vom 19. bis zum 21. Oktober haben in Paris Besprechungen zwischen deutschen und französischen Regierungsvertretern über die beabsichtigten deutschen Einfuhrkontingentierungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse stattgefunden. Die Vertreter der französischen Regierung haben erklärt, daß angesichts der Tatsache, daß die französische Regierung selbst eine Politik der Einfuhrkontingentierung durchführe, sie grundsätzlich nichts gegen ein gleiches deutsches Vorgehen wenden könnten. Sie haben indessen verschiedene Einwendungen vorgebracht, ohne die Höhe der Kontingentierung zu erörtern. Die deutsche Abordnung hat erklärt, daß sie über diese Einwendungen ihrer Regierung Bericht erstatten würde. Die deutsche Abordnung verläßt Freitag abend Paris.

Tintenfässerbombardement im Parlament.

Krach im Österreichischen Nationalrat.

Nachdem der Österreichische Nationalrat an Stelle des zurückgetretenen Vizepräsidenten Tauschitz (Landbund) den Großdeutschen Dr. Straffner gewählt hatte, kam es zu schweren Zwischenfällen. Unmittelbar nach der Rede des Staatssekretärs für Sicherheitswesen, Major Fey, rief Dr. Bauer (Soz.) der Rechten zu, sie seien nun auf Fey gekommen, das sei die dieswöchige Gesinnung des Bundeskanzlers Dollfuß. Der Bundeskanzler rief dem Abg. Bauer zu: „Sie haben eine andere Gesinnung, Sie sind ständig Bolschewik, der sich zur Diktatur des Proletariats und niemals zur ehrlichen Demokratie bekennt." Darauf entstand ungeheurer Lärm. Dr. Bauer antwortete, er habe auch vor einem Bolschewiken Achtung; aber für einen, der jede Woche eine andere Gesinnung habe, habe er nur Verachtung. Nach anderen Angaben soll Dr. Bauer den Bundeskanzler als Gesinnungslumpen bezeichnet haben

Nach diesem Wortwechsel ergriff der Heimatblock-Abgeordnete Lichtenegger zwei Tintenfässer und schleuderte sie gegen die Bänke der Sozialdemokraten. Das eine Tintenfaß traf den Sozialdemokraten Danneberg und ließ einen großen Tintenfleck zurück, wobei auch die hinter ihm sitzenden Abgeordneten getroffen wurden. Das zweite Tintenfaß sauste am Kopf Bauers vorbei und hinterließ auf der Bank eine tiefe Furche. Der Präsident unterbrach darauf die Sitzung. Es gelang ihm nach längeren Bemühungen, eine allgemeine Prügelei zu vermeiden.

Eingleisig!

Polnische Kohlenbahn ohne französisches Geld.

Wie zuverlässig verlautet, wird die nun seit März dieses Jahres fällige zweite Rate der französischen Eisenbahnanleihe für den Bau der besonders für die Beförderung von Kohle gedachten Bahnlinie Oberschlesien—Gdingen in Warschau nicht mehr erwartet. Es besteht daher die Absicht, das bereits im Bau befindliche erste Gleis noch in diesem Jahre zu Ende zu führen und die Bahn im Januar eingleisig zu eröffnen. Der französischen Eisenbahngesellschaft soll von polnischer Seite anheimgestellt werden, diesen Bau in eigene Verwaltung zu nehmen. Zu diesem Zwecke ist das polnische Verkehrsministerium bereit, Lokomotiven und die notwendige Zahl Eisenbahnwagen gegen einen Preis von 100 Millionen Zloty zur Verfügung zu stellen. Sollte die Eisenbahngesellschaft, vielmehr sollten die Franzosen nicht gewillt sein, das Geld flüssig zu machen, würde die Verwaltung und Inbetriebsetzung der Eisenbahn von dem polnischen Verkehrsministerium selbst übernommen werden. Aus dieser Darstellung, an deren Richtigkeit kaum gezweifelt werden kann, geht einwandfrei hervor, daß die polnische Regierung nunmehr gewillt zu sein scheint, es mit der französischen Eisenbahngesellschaft nötigenfalls auch zum offenen Bruch kommen zu lassen.

Die Prager Gesamtregierung zurückgetreten.

Udrzal wieder abgereist.

Der Ministerpräsident in Prag hat am Freitagnachmittag den Rücktritt der Gesamtregierung beschlossen. Udrzal ist sofort wieder nach Karlsbad abgereist. Die Verhandlungen seines Nachfolgers, des bisherigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Malypetr, über die Bildung der neuen Regierung sind im großen und ganzen abgeschlossen. Die Ernennung der Regierung ist am Sonnabend zu erwarten.

Amerika stimmt zu.

Verlängerung des Flottenbaufeiertages.

Die amerikanische Regierung hat der von der Abrüstungskonferenz vorgeschlagenen viermonatigen Verlängerung des am 1. November ablaufenden Flottenbaufeiertages zugestimmt.

Japan lehnt Hoover-Abrüstungsplan ab.

Das japanische Außenministerium und das Marineministerium haben nach einer amtlichen Mitteilung aus Tokio beschlossen, den Vorschlag des Präsidenten Hoover zur Verminderung der Seestreitkräfte um ein Drittel „unter allen Umständen abzulehnen, und zwar im Interesse der japanischen Landesverteidigung".

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 22. Oktober 1932.

Reich.

1. Mos. 12, 2: Ich will dich segnen und du sollst ein Segen sein.

Eben haben wir sie begraben, dicht vor ihrer goldenen Hochzeit. Zweiundsiebzig Jahre ist sie alt geworden. Sie hat bekannt: „Ich danke Gott dafür, daß er mir ein reiches Leben geschenkt hat." Was hat ihr Leben so reich gemacht? Geld war es nicht, das hatte sie nicht zuviel. Daß sie so lange hat leben können? Gewiß, das war schön. Aber die Länge macht es nicht. Ein langes Leben kann doch recht arm sein. Daß sie von Mann und Kindern und vielen geliebt worden ist? Gewiß, das hat sie auch gemeint in ihrem Dank an Gott. Aber das Eigentliche ist das auch noch nicht. Daß sie mit reichen Gaben des Geistes ausgestattet war? Aber das ist bei vielen so und ihr Leben ist doch nicht reich, nämlich dann nicht, wenn ihnen Gemüt, wenn die Seele fehlt, um diese Gaben in rechter Weise zum Segen für andere zu verwenden.

Das aber hatte die Entschlafene verstanden. Weil sie alle ihre Gaben als Gottesgaben ansah, war es ihr selbstverständlich: ich habe sie nicht bloß für mich sondern ich soll andere damit beglücken. Hier fängt ja der wahre Reichtum alles Lebens erst an: Gott beschenkt mich. Wer so sagt, der dankt für alles, was ihm beschieden wird, denn ihm dient nun alles zum Besten, ihn macht alles Schicksal reicher, auch das Leid. So hatte sie das viele Schmerzliche ihres Lebens hingenommen ohne Bitterkeit und Zagen, und war gerade im Leiden immer reicher geworden an Dank, an Zuversicht, an Kraft, an Liebe, so daß sie geradezu unerschöpflich geben konnte aus ihrem inneren Reichtum, so daß sie immer reicher wurde, je mehr sie sich ausgab in ihrer Güte. Ein reiches Leben: reich in Gott. Wer das in aller Demut doch so gewiß von sich sagen könnte: „Ich danke Gott, daß er mir ein so reiches Leben gegeben hat!"

Eröffnung der Wintersaison.

Lange bevor der Winter beginnt, beginnt die Wintersaison. Das klingt ein bißchen komisch, aber es läßt sich beweisen. Saison, aus dem Französischen entnommen, heißt Jahreszeit. Wenn uns Worte fehlen, stellt sich zur richtigen Zeit ein Fremdwort ein, und man hat dann

Genesungszeichen.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Der erste Steuertermin, der den Zahlenden eine Vergütung in Gestalt der Steuerscheine brachte, liegt hinter uns, und es kommt jetzt darauf an, daß Industrie, Handel, Gewerbe und Grundbesitz von den Scheinen auch den Gebrauch machen, den die Regierung erhofft, daß sie nämlich die gebotene Möglichkeit ausnutzen, die Erzeugung auszudehnen oder Aufträge zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen beziehungsweise zur Erhaltung des in den Häusern steckenden Kapitals zu verwerten. Auch von den zusätzlichen Steuerscheinen, die für die Mehreinstellung von Arbeitskräften gewährt werden, wird in stärkerem Maße Gebrauch gemacht werden müssen. Die Hemmungen, die bisher in der Erstarrung und Verkrampfung der Wirtschaft lagen, scheinen sich zu lösen, wenn die ersten, allerdings nur schwachen Zeichen einer Genesung nicht trügen. So ist die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren in den Monaten August und September weiter gesunken. Im September wurden je Arbeitstag nur noch 18 Konkurse und 12 Vergleichsverfahren eröffnet (gegen 52 Konkurse und 29 Vergleichsverfahren im September 1931). Der Höhepunkt der Insolvenzwelle war, wie das Institut für Konjunkturforschung schreibt, im Oktober und November vergangenen Jahres erreicht worden. Seitdem gehen die Zahlungseinstellungen in einem Tempo zurück, wie es nur im Frühjahr 1926 (nach der damaligen Krise) zu beobachten war. Die Zahl der Insolvenzen ist gegenwärtig wieder annähernd so gering wie im Jahr 1928, dem letzten Jahr der Hochkonjunktur. Die akute Krise mit ihrem scharfen Liquidierungszwang scheint allmählich überwunden zu sein.

Die Wirtschaft tritt nunmehr in ein Stadium ein, in dem sich allmählich Genesungskräfte für einen künftigen Aufschwung bilden. Dieses Stadium ist ähnlich zu betrachten wie die Rekonvaleszenz eines Patienten: Der kritische Höhepunkt der Krankheit ist zwar überwunden; der Organismus ist aber noch so geschwächt, daß Rückschläge oder gar neue Komplikationen drohen, wenn nicht mit größter Sorgfalt vorgegangen wird. Das gilt auch für die Kreditsicherheit. Bereits vor mehreren Wochen war darauf hingewiesen worden, daß der rasche Rückgang der Insolvenzen zum Teil nicht die Folge einer echten Liquiditätsbesserung bei den Schuldnern, sondern eine Folge der mehr oder weniger freiwilligen Nachsicht der Gläubiger, der zahlreichen Stützungsmaßnahmen des Staates usw. ist. Zweifellos sind in den letzten zwölf Monaten viele Unternehmungen vor der Zahlungseinstellung bewahrt worden, die ohne Interventionen zusammengebrochen wären. Hier werden noch Verbindlichkeiten mitgeschleppt, die die endgültige Genesung der Wirtschaft hemmen. Anderseits ist durch die Unterstützung schwach gewordener Unternehmungen der Liquidationsdruck, der in der Krise auf der Wirtschaft lastete, beträchtlich gemildert worden.

Es wäre aber verfehlt, den ganzen Rückgang der Zahlungseinstellungen auf die künstlichen Eingriffe zurückzuführen. Seit einigen Monaten scheinen auch echte Genesungszeichen vorzuliegen. Vor allem ist es die Preisbewegung, die nunmehr beginnt, der Bilanzzerrüttung entgegenzuwirken. Von 1928 bis Anfang 1932 gingen die Rohstoffpreise mit geringen Unterbrechungen zurück. Das bedeutete, daß in dieser Zeit die Preise am Ende jeder Produktionsperiode niedriger waren als am Anfang; die Kalkulation, die die Unternehmer beim Wareneinkauf aufstellten, war bereits durch den Preissturz überholt, wenn die Ware zum Verkauf gelangte. Die Erlöse waren — nach Abzug der Verarbeitungs- und Vertriebskosten usw. — geringer als die Einstandspreise. Das hat sich geändert, seitdem der Preissturz an den Rohstoffmärkten zum Stillstand gekommen ist. Bereits seit der Jahreswende 1931/32 hat sich die Verlustspanne zwischen Einstands- und Verkaufspreisen allmählich verringert, und in der letzten Zeit hat in vielen Branchen die Entwertung der Lager durch den Preissturz an den Rohstoffmärkten aufgehört. Der Rückgang der Fertigwarenpreise hält zwar im ganzen noch an; aber in manchen Teilen der Wirtschaft hat sich der Druck, der von dem Preisrückgang ausging, doch etwas gemildert. Damit hat sich zwar die Zahlungsfähigkeit der Unternehmungen noch nicht erhöht; die Liquidität hat sich aber wenigstens nicht mehr weiter verschlechtert.

280 Millionen RM. für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn.

Die Reichsbahn hat nunmehr die Verhandlungen über die Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramm von 280 Millionen RM beendigt. Dieses Programm beruht darauf, daß der Reichsbahn rd. 180 Millionen RM Steuergutscheine aus der Beförderungssteuer zur Verfügung stehen und daß für weitere 100 Millionen RM ihr eigener Kredit angespannt werden soll.

Bei der Finanzierung ist davon ausgegangen, daß die Steuergutscheine nicht an die Börse gebracht werden sollen. Dieses Vorgehen erscheint aus marktpolitischen Gründen erwünscht. Vor allem wird aber dadurch gewährleistet, daß die volle Summe auch wirklich der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden kann. Die Zwischenzeit bis zur Fälligkeit der Steuergutscheine wird überbrückt werden mit Hilfe der am 8. Oktober 1932 neu errichteten Reichsbahn-Beschaffungs-G. m. b. H. (RBG). Diese wurde von der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank mit einem Kapital von 10 Millionen RM gegründet, auf das sofort 25% eingezahlt wurden. Bei Fälligkeit von Zahlungen werden die Lieferer und Unternehmer Wechsel auf die RBG ziehen, die von dieser akzeptiert und von der Verkehrs-Kredit-Bank sofort diskontiert werden, so daß dem Unternehmer oder Lieferer alsbald der Rechnungsbetrag ausgezahlt wird. Der Wechselaussteller muß sich verpflichten, auf Anfordern der RBG jeweils die ausgestellten Wechsel zu prolongieren, bis die Steuergutscheine flüssig gemacht werden können. Die Verkehrs-Kredit-Bank verwertet die eingehenden Wechsel nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten, gegebenenfalls durch Diskontierung bei der Reichsbank, die sich zur Hereinnahme dieser Wechsel bereit erklärt hat. Außerdem kommt für die Geldbeschaffung die Lombardierung von Steuergutscheinen in Betracht.

Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn bis zum Betrage von 180 Millionen RM ist die Oeffentlichkeit bereits unterrichtet. Der darüber hinausgehende Betrag ist in erster Linie zum Einbau der aus früheren und noch laufenden Bestellungen herrührenden Oberbau- und sonstigen Stoffe bestimmt; auch sollen neben einigen zusätzlichen Beschaffungen weitere Aufwendungen für die dringend notwendigen kleineren Arbeiten der Unterhaltung und Erneuerung der baulichen und maschinellen Anlagen sowie gewisse Ausführungen der Neubaurechnung damit gedeckt werden. Mit den Einzelheiten wird sich der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gelegentlich seiner Novembertagung zu beschäftigen haben.

Der freiwillige Arbeitsdienst

Großes Interesse besteht heute an dem freiwilligen Arbeitsdienst. Leider ist die Art der Durchführung noch nicht so bekannt, wie es eigentlich sein müßte. Daher folgen hier einige Erläuterungen.

Zweck des Dienstes ist, den jungen Deutschen Gelegenheit zu geben, freiwillig zum Nutzen der Gesamtheit ernste Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen.

Träger. Zu unterscheiden ist zwischen dem Träger der Arbeit und dem Träger des Dienstes. Die Träger sollen so zusammen wirken, wie es der Zweck erfordert.

Der Träger des Dienstes hat die Aufgabe, die Dienstwilligen zusammenzufassen und ihre Betreuung zu übernehmen. Er muß einen ausreichenden Stamm eigener arbeitsdienstwilliger Mitglieder hinter sich haben und imstande sein, die notwendigen Maßnahmen zur körperlichen und geistig-sittlichen Ertüchtigung der Dienstwilligen durchzuführen. In der Regel wird ihm der Träger der Arbeit die Sorge für Verpflegung, Unterkunft, Arbeitskleidung, Taschengeld usw. der Dienstwilligen übertragen. Der Träger des Dienstes bedarf zur Aufnahme seiner Tätigkeit einer Zulassung durch den Bezirkskommissar.

Träger der Arbeit dürfen nur Körperschaften des öffentlichen Rechts oder solche Vereinigungen sein, die nach ihrem Zweck gemeinnützige Ziele verfolgen, ferner Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen zusammenfassen. Der Träger der Arbeit hat durch das zuständige Arbeitsamt bei dem Bezirkskommissar einen Antrag auf Anerkennung der Arbeit zu stellen. Ihm obliegt die Finanzierung und planmäßige Durchführung der Arbeit. Er ist verpflichtet, die Förderung zugunsten der Dienstwilligen in voller Höhe und ordnungsmäßig zu verwenden. (für Unterkunft, Arbeitskleidung, Verpflegung, Taschengeld, Versicherung und Betreuungsmaßnahmen). Er ist Arbeitgeber der Dienstwilligen. Durch Zusammenarbeit mit dem Träger des Dienstes wird er jedoch in der Regel diesem die Verwendung der Förderung übertragen.

Die Arbeit wird von Fall zu Fall auf ihren volkswirtschaftlichen Wert hin geprüft und g. f. entsprechend anerkannt. Als volkswirtschaftlich wertvoll werden grundsätzlich anerkannt Bodenverbesserungen, Wasserregulierungsarbeiten, Verkehrsverbesserungen, Arbeiten zur Herrichtung von Siedlungsland und Forstarbeiten. Nicht zu den volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten zählen: Herrichtung von Sportplätzen, Strandbädern, Schmuckanlagen usw.

Die Förderung richtet sich danach, ob die Arbeit als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannt worden ist oder nicht. Bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten wird für den Dienstwilligen ein Betrag von durchweg 2 RM wochentäglich gewährt. Die Dauer der Förderung kann bei solchen Arbeiten für jeden Dienstwilligen bis zu 40 Wochen innerhalb eines Zeitraumes von 2 Jahren verlängert werden. Bei Arbeiten, die nicht als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannt worden sind, geht die Förderung über die Normaldauer von 20 Wochen nicht hinaus und beträgt sie je nach Art der Arbeit 1,20—1,80 RM wochentäglich.

Auf Antrag kann für Dienstwillige, die bei den als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannten Arbeiten 12 Wochen beschäftigt worden sind, für jeden Wochentag ihrer Beschäftigung bis zu 40 Wochen zu Lasten des Reichs ein Betrag von 1,50 RM im Reichsschuldbuch eingetragen werden. Diese Gutschrift darf jedoch nur beim Erwerb einer Siedlungsstelle, bei Errichtung eines Eigenheims oder als Beitrag zu den Kosten einer Siedlerschulung Verwendung finden. Sie wird mit 4% verzinst und verfällt, wenn nicht binnen 10 Jahren darüber verfügt wird.

Aus der Förderung sind die Beiträge zur Kranken- und Unfallversicherung, sowie zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung zu bestreiten (niedrigste Beitragssätze). Die Förderungszeit wird den Dienstwilligen nicht auf seine Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung angerechnet.

Personenkreis. Zugelassen sind alle arbeitswilligen Deutschen unter 25 Jahren, also neben den Unterstützungsempfängern auch andere Dienstwilligen (Studenten, Landwirtssöhne, Handwerker usw.) Die Meldung erfolgt beim Arbeitsamt des Wohnorts unmittelbar oder auch mittelbar durch die Wohlfahrtsämter und Organisationen (Träger des Dienstes). Das Arbeitsamt entscheidet über die Zulassung des Einzelnen zum Dienst und stellt in Gemeinschaft mit dem Träger des Dienstes die Arbeitsgruppen zusammen.

Die Arbeitszeit soll wöchentlich nicht unter 36 und nicht über 42 Stunden betragen. Neben der Arbeit werden Maßnahmen zur körperlichen Ertüchtigung (Sport usw.) und zur geistigen Ausgestaltung der Freizeit getroffen.

Die Führer werden vom Bezirkskommissar bestellt und in 1. Linie von den Verbänden vorgeschlagen, die als Träger des Dienstes in Betracht kommen. Sie müssen die persönlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Führerausbildung erfüllen und selbst 3 Monate freiwilligen Arbeitsdienst verrichtet haben. Ihre Ausbildung erfolgt durch besonders geförderte 6wöchige Schulungskurse.

Oertliches. Bezirkskommissar für Westfalen ist der Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen in Dortmund, Landgrafenstr. 135. Der Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheid gehört zum Führerschulungslager Herdorf (Kr. Altenkirchen). Lagerleiter ist Dr. Roß, leitender Berufsberater beim Arbeitsamt Bochum. Der nächste Kursus beginnt am 31. Oktober 1932. Weitere Auskünfte erteilen die Wohlfahrts- und Arbeitsämter.

Im Kreise Altena sind als Träger des Dienstes bereits folgende Organisationen tätig: Der nationale Arbeitsdienst „Rote Erde", der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten", der Jungdeutsche Orden, der soziale Dienst, die Kyffhäuser-Jugend, der Band evangel. Jünglingsvereine und der Verband katholischer Jugendvereine.

Freiw. Arbeitsdienst in Halver u. Schalksmühle.

—0 **Halver,** den 21. Oktober 1932.

Im Sitzungssaale des Amtshauses versammelten sich auf Einladung des Bürgermeisters am 20. d. M. Vertreter der verschiedensten Jugendverbände, um zu beraten über eine Angliederung der Jugendlichen der Gemeinde Halver an den freiwilligen Arbeitsdienst.

Der Bürgermeister begrüßte die Erschienenen, leitete die Sitzung und teilte mit, daß im Kreise Altena bereits an mehreren Stellen der freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt worden sei. In kurzen Umrissen erläuterte er die ergangenen Bestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst und gab die Namen derjenigen Verbände bekannt, die im Kreise Altena bereits als Träger des Dienstes aufgetreten sind. Es sind dies:

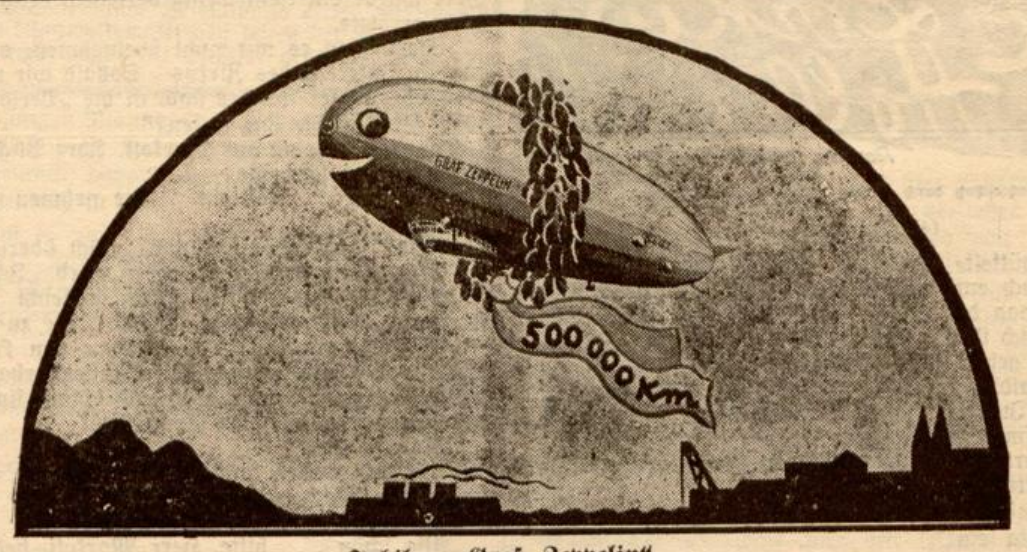
der „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten,
der nationale Arbeitsdienst „Rote Erde",
der Jungdeutsche Orden,
der soziale Dienst,
die Kyffhäuser Jugend,
der Bund evangel. Jünglingsvereine und
der Verband kathol. Jugendvereine.

Die anwesenden Vertreter erklärten sich grundsätzlich bereit mitzuwirken, und die ihnen bekannten Jugendlichen ohne Ansehen der Partei für den Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst zu werben. Eventuelle Aufnahmeanträge sollen dem Wohlfahrtsamt zur Weiterleitung vorgelegt werden. Sodann wurde beschlossen, im Laufe der nächsten Woche einen öffentlichen Vortrag über alle Fragen des freiwilligen Arbeitsdienstes halten zu lassen.

*

—0 **Schalksmühle,** den 21. Oktober 1932.

Im Kaffeehaus Schulz versammelten sich heute auf Einladung des Bürgermeisters Vertreter der verschiedenen Jugendverbände, um, wie in Halver, die Angliederung der Jugendlichen an den freiwilligen Arbeitsdienst zu besprechen. Das Ergebnis der Versammlung entspricht den in Halver getroffenen Beschlüssen. Wir verweisen deshalb auf den unter Halver wiedergegebenen eingehenden Bericht. In Rücksicht auf die geringe Zahl der erwerbslosen Jugendlichen in der Gemeinde Schalksmühle ist jedoch für Schalksmühle ein Vortrag nicht vorgesehen.



Jubilar „Graf Zeppelin".

Mit der achten Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin" hat der deutsche Luftriese den 500 000. Kilometer zurückgelegt. Für diese einzig dastehende Leistung wurden 4961 Stunden benötigt, die in 284 Fahrten zurückgelegt wurden; die Zahl der hierbei beförderten Passagiere beträgt 7500 Der „Graf Zeppelin" hat hiermit Leistungen vollbracht, die bisher in der Welt einzig dastehen.

Günstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, Mitte Oktober 1932 rund 5 150 000. Wenn diese Ziffer auch um rund 48 000 über derjenigen vom Ende des vorhergehenden Monats liegt, so bedeutet dies nicht, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich in dem gleichen Umfange verschlechtert hat. Die gegenwärtige Entwicklung ist das Ergebnis zwischen der im Herbst jeden Jahres eintretenden saisonmäßigen Abschwächung des Beschäftigungsgrades und der Belebung einzelner konjunkturabhängiger Wirtschaftszweige. Es ist daher durchaus möglich, daß sich die Entwicklung im Oktober ähnlich wie im September vollzieht, in dessen erster Hälfte die Arbeitslosenzahl ziffernmäßig bekanntlich um etwa 40 000 zugenommen hatte, während im weiteren Verlauf der Entwicklung eine stärkere Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 160 000 sich durchgesetzt hatte. Auch der Vergleich der zahlenmäßigen Entwicklung in der ersten Oktoberhälfte dieses Jahres mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres, in der die Arbeitslosenzahl um rund 129 000 Arbeitslose gestiegen war, läßt die ruhigere, verhältnismäßig

unbegrenzte Möglichkeiten, es falsch anzuwenden. Jede Jahreszeit ist eine „Saison", aber wir sind gewohnt, mit dem Begriffe „Saison" etwas Undefinierbares, eine Hauptzeit des Jahres, die mit der vom Kalender angegebenen Jahreszeit nicht allzu viel zu tun zu haben braucht, zu verbinden. Und so wird bei uns die Wintersaison vielfach schon im Sommer „eröffnet". Die Industrie wirft die Moden für den kommenden Winter auf den Markt, die Damen kaufen sich im August den neuen Filzhut und den Pelzkragen, und ein guter Hausvater deckt sich um dieselbe Zeit mit Holz und Kohle ein.

Der richtige Saisonbeginn kommt aber etwas später: die Theater öffnen ihre Pforten, wo ein Konzert in Aussicht genommen ist, wird es „gegeben", und es beginnt die schöne Zeit der Tanzabende, die noch viel schöner ist, wenn es sich nur erst um Tanzstundenabende für das eben flügge gewordene Jungvolk handelt. Die erste Tanzstunde mit Knicksen und Trotten — was könnte es wohl Schöneres geben! Sein ganzes Leben denkt man daran, und würde man alt wie Methusalem! Und für solche „Saisoneröffnung" ist eben jetzt die Zeit, so um Oktober herum, wo man den Winter erst nur ahnt. Und solche Saisoneröffnung ist nicht etwa bloß Großstadtsache — nein, selbst der kleinste Ort ist da durchaus im Bilde. Und hier ist etwas einzufügen, was schon ernster klingt, und was wir uns jetzt, wo wir über die Schwelle des Winters schreiten, so einprägen sollten, daß wir immer bereit sein müssen, danach zu handeln.

Die Wintersaison nämlich wird leider nicht nur für Vergnügungen und Modeschauen eröffnet, sondern auch für die Zurschaustellung der Armut und der Not. Armut ist zu allen Zeiten des Jahres bitter und traurig, aber in der Winterszeit ist sie noch um viele Grade bitterer und trauriger. Und da sollte unbedingt schon bei der „Eröffnung der Wintersaison" ein bißchen vorgebeugt werden. Von Winterhilfe ist jetzt dauernd die Rede, aber es soll davon nicht bloß die Rede sein, es soll auch wirklich geholfen werden, und man soll sich nicht immer nur auf das Eingreifen der „amtlichen Stellen" verlassen, sondern persönlich und nach seinem eigenen Gewissen mithelfen. Es ist in diesen Tagen die erfreuliche Mitteilung gemacht worden, daß die Zahl der Erwerbslosen um ein paar Zehntausend abgenommen habe, aber was will das schon viel bedeuten bei den vielen Millionen Arbeitsloser, die wir immer noch zu zählen haben. Die Staatshilfe, so großzügig sie auch sein mag, kann nicht überallhin reichen, und einiges oder, besser noch, vieles muß schon der privaten Initiative überlassen werden! Und gerade mit der Eröffnung der Wintersaison läßt sich da mancherlei verknüpfen. „Der Wohltätigkeit sind keine Schranken gesetzt!" Wie oft hat man das nicht früher gelesen! Und auch in unseren härter gewordenen Zeiten ließe sich ganz gut noch nach diesem Grundsatze handeln. Wohltätigkeitsvorstellungen, Konzerte zu wohltätigen Zwecken und vieles andere noch — das alles wäre ein vorzüglicher Auftakt der beginnenden Wintersaison, und gerade der kleinere Ort könnte da in die vorderste Reihe treten, denn er kennt die Armut seines Umkreises besser als die Großstadt die ihrige. Eröffnen wir also die Wintersaison zum Besten der Armen, dann wird niemand mehr darüber spotten, daß wir es so eilig haben mit der Wintersaison!

Wie wird das Wetter?

Die vergangene Woche stand im Zeichen der Herbststürme. Durch das Auftreten eines kräftigen Teiltiefs, das an der deutschen Küste vorüberzog, wuchsen die Winde selbst im Binnenlande zu Stürmen an. Durch die Sturmfluten an der Nordsee wurde die Hochseeschiffahrt stark behindert. Es kam zu verbreiteten Dauerregen, die erhebliche Niederschlagsmengen brachten. Die Temperaturen entsprachen im allgemeinen den Normalwerten. Nur im Südwesten Deutschlands ging die Quecksilbersäule stärker herab; aus dem Hochschwarzwald wurden die ersten Schneefälle gemeldet. Nach der allgemeinen Wetterlage müssen wir damit rechnen, daß die umfangreichen Tiefdruckwirbel, die zur Zeit bei Island liegen und ostwärts vorzudringen scheinen, auch in den nächsten Tagen unser Wetter beeinflussen werden. Wir werden daher nach vorübergehender Aufheiterung rasch wieder trübes und regnerisches Wetter mit ziemlich frischen Winden aus westlichen Richtungen zu erwarten haben.

—* **Die Weihnachtsrückfahrkarte auch in diesem Jahr.** Wie im vorigen Jahre, wird auch zu diesem Weihnachtsfest die um 33⅓% ermäßigte Weihnachtsrückfahrkarte von der Reichsbahn ausgegeben werden. Ihre Geltungsdauer wird jedoch länger sein als im Vorjahre. Um dem reisenden Publikum die Möglichkeit zu geben, bereits zu Beginn der Weihnachtsferien die Festtagsrückfahrkarte zu benutzen und erst nach dem 6. Januar 1933 (Heilige drei Könige) zurückzukehren, soll die Geltungsdauer der Karte sich erstrecken vom 21. Dezember 1932 bis einschließlich 9. Jan. 1933. So bietet sich dem Erholungssuchenden die Möglichkeit einer um 33⅓% verbilligten Reise auf die Dauer von 20 Tagen.

Halver

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Verschiedene Fahrradzubehörteile. Eigentumsansprüche sind im Amtshausee, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Ein Taschenmesser. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—0 **Diebstahl.** Gestern nachmittag wurde einem Geschäftsinhaber in der Kronprinzenstraße in Halver aus der unverschlossenen Ladenkasse ein Geldbeutel mit etwa 40 RM Inhalt entwendet. Die Tat geschah in dem Augenblick, indem der Laden für kurze Zeit unbeaufsichtigt war. Die polizeilichen Ermittlungen, die gleich nach der Tat aufgenommen wurden, verliefen leider bisher ergebnislos.

—0 **Verkehrsunfall.** Gestern Abend stießen auf der Provinzialstraße Halver—Radevormwald und zwar in der Mark ein Halverscher Kraftwagen und ein auswärtiger Lastkraftwagen mit Anhänger zusammen. Der Halversche Kraftwagen wurde erheblich beschädigt. Die Insassen des Wagens konnten vom Glück nachsagen; nur der Fahrer erlitt Schnittwunden an der Hand. Die Polizei nahm den Tatbestand zur Klärung der Schuldfrage auf.

—=) **Goldene Hochzeit.** Die Eheleute Wilhelm Suberg und Frau, Ida geb. Eicker zu Dörnen in hiesiger Gemeinde können am Dienstag, dem 25. Oktober das Fest der Goldenen Hochzeit begehen. Beide Eheleute erfreuen sich noch einer selten guten körperlichen und geistigen Frische. Freud und Leid ist ihnen in den 50 Jahren gemeinsaemn Ehebundes nicht versagt worden. Von den 4 Kindern, die der Ehe entsprossen, sind zwei Söhne, Hugo und Ewald, im Weltkriege gefallen. Ein Sohn bewirtschaftet das Gut, während die einzige Tochter in Lennep verheiratet ist. Wir entbieten dem goldenen Jubelpaare unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

—)(Ihre **Silberhochzeit** können die Eheleute Emil Paul Schneider und Selma Susanne Wilhelmine geb. Winter, Kölnerstraße (Siedlung) hierselbst, am Mittwoch, dem 26. Oktober, begehen. Wir entbieten dem Jubelpaare unsere herzlichsten Glückwünsche!

—!) **Breha-Lichtspiele Halver.** Sonntag und Montag Lehars weltberühmte Operette **„Das Land des Lächelns"** im Tonfilm. Kammersänger Richard Tauber singt. Dazu die Tonwochenschau. Das aktuelle Beiprogramm. Kurztonfilm — Kulturfilm. Sonntag 2 Vorführungen: 5,30 und 8 Uhr. Montag nur abends 8 Uhr.

—!: **Singspiel „Blond ist mein Mädel!"** Wie schon allgemein bekannt, bringt der Dilettantenverein „Hohenzollern" Halver am 30. Okt. d. J. zu seinem 33. Stiftungsfest im Saale der Karlshöhe das Singspiel „Blond muß mein Mädel sein" von Alfred Herzog. Musik von P. J. Dietrich. Ueber die Leistungsfähigkeit des Vereins braucht wohl nichts erwähnt zu werden; daß auch dieses Singspiel außer dem Rahmen des Gewöhnlichen liegt, wird die Aufführung am 30. Oktober beweisen. Die Rollen sind so günstig verteilt, daß eine natürliche Wiedergabe der Handlung unbedingt garantiert wird. Der Aufbau der Bühne, die Kostümierung, sowie die Beleuchtung, alles ist aufs Beste vorbereitet, so daß die Gesamtwirkung ihren Höhepunkt erreichen muß.

Nachstehend bringen wir eine kurze Inhaltsangabe des Stückes: 1812 — zu Stolzenfels am Rhein! — Liesl, des Wirtes Töchterlein, wird von Klaus, einem Spion in französischen Diensten, mit Heiratsanträgen belästigt, die sie als kerndeutsches Mädel aber ausschlägt. Sie schenkt ihr Herz dem preußischen Major Werner von Stauff, der zur Zeit noch — wie die ganze preußische Armee — in Frankreichs Zwangsdienst steht, aber im Geheimen schon an den Vorbereitungen zum Befreiungskrieg mitarbeitet. Klaus verrät den Major dem Kapitän der französischen Besatzungstruppen, der ihm aber nichts nachweisen und ihn auch nicht verhaften kann, weil Stauff ja sein Vorgesetzter ist. Der Major muß mit nach Rußland ziehen und ist dort in Moskau bei dem jungen Fürsten Alexandrowitsch und dessen Schwester, Sonja, einquartiert. Die schöne Sonja verliebt sich in Werner von Stauff, der jedoch seinem blonden Mädel vom Rhein treu bleibt. Die Russen stecken Moskau in Brand und überfallen die ahnungslosen Franzosen. Fürst Alexandrowitsch gehört zu den Anführern und auch Werner von Stauff soll fallen. Doch Sonja deckt den geliebten Mann mit ihrem Körper und sinkt für ihn tödlich getroffen zu Boden. Fürst Alexandrowitsch wird mit den andern Russen erschossen, doch das Schicksal der französischen Armee ist besiegelt. Sie geht in der russischen Schneewüste zugrunde, und nur Reste erreichen den Rhein. Unter ihnen Werner von Stauff, der inzwischen zum Oberst befördert worden ist. — Der Spion Klaus hat inzwischen, aus Rache für die wiederholten Abweisungen durch Liesl, deren Vater durch Denunziationen ins Gefängnis gebracht, und Oberst von Stauff kommt gerade zurecht, um ihn wieder zu befreien. — Kaum hat er sich mit seinem Liesl verlobt, muß er wieder in den Krieg ziehen, — diesmal aber für sein Vaterland. Er zieht hinaus mit froher Hoffnung auf ein glückliches Wiedersehen, und Liesl und ihr alter Vater werden für ihn beten. — In einem volkstümlichen Singspiel darf der Humor nicht fehlen, und dieser ist in reichem Maße vertreten durch die beiden prachtvollen Rollen des Burschen Peter und der Dienstmagd, zwei biederen, urkomischen Gestalten, deren köstliche Szenen der Haupthandlung wirkungsvoll eingefügt sind. — Der Komponist des Singspiels, dessen bisher erschienene Operetten und Singspiele in unzähligen Aufführungen stets größte Erfolge hatten, hat auch zu diesem Singspiel wieder eine Musik geschrieben, die Ohr und Herz gefangen nimmt und das Ihrige zu dem Erfolg der Aufführung beiträgt.

Eintrittskarten zum Konzert kosten im Vorverkauf nur RM 0,50 und sind zu haben bei den Herren Friseuren Hedderich, Schulte, Pattberg und Jung, sowie im Zigarrengeschäft Piepenstock und bei den Mitgliedern des Vereins. Es ist ratsam, sich frühzeitig eine Vorverkaufskarte zu sichern; denn es ist mit einem großen Besuch zu rechnen.

Schalksmühle

—x **Feuer** entstand am Freitag gegen 11 Uhr vormittags im Betriebe des Isolierungswerks von Kaiser & Spelsberg. Durch irgend einen Vorgang hatte sich in das Innere eines Brikettschuppens Feuer verbreitet und in kurzer Zeit stand der ganze Schuppen in hellen Flammen. Mittels Handfeuerlöscher und der Werksspritze hatten beherzte Werksangehörige dem Feuer Einhalt zu gebieten verstanden, so daß die inzwischen alarmierte Freiwillige Feuerwehr Schalksmühle nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, ist nicht sehr groß, da in der Hauptsache nur der Schuppen ausgebrannt ist. Wäre das Feuer entstanden, wenn das Werk außer Betrieb gewesen wäre, dann hätte es ein Brandunglück allergrößten Ausmaßes geben können.

—x Die **Regenperiode** der letzten Woche hat die Gebirgsbäche ganz enorm anschwellen lassen, wodurch die Hälver und auch die Volme Hochwasser führen. Namentlich auf den Höhen hat auch der teilweise damit verbundene Sturm sehr erheblichen Schaden angerichtet. Zahlreiche Häuser weisen Dach- und Sachschäden auf. Auch starke Bäume wurden umgerissen und entwurzelt.

*

Hagen. Die Täter der Raubüberfälle bekannt. Beide sind flüchtig. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Raubüberfälle auf die Filiale der Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung" in der Emster Straße und den Straßenbahnschaffner in Ischeland von dem Arbeiter Josef Hammel und dessen Bruder Karl Hammel, zuletzt wohnhaft Lützowstr. 36, ausgeführt worden sind. Beide sind flüchtig. Es ist festgestellt, daß die beiden, die im Besitz von Waffen waren, bereits vor einiger Zeit die Absicht hatten, einen Raubüberfall auf einen Straßenbahnschaffner der Straßenbahnlinie 8 auszuführen. Damals waren sie fortgegangen, um die Tat auszuführen, haben sie aber aus unbekannten Gründen nicht ausgeführt.

pn. **Hagen.** An Gerichtsstelle vom Tode ereilt. Gestern war die 50 Jahre alte Frau des Schreinermeisters A. zur Vernehmung beim Vormundschaftsgericht erschienen. Bevor der Beamte zur Vernehmung schreiten konnte, sank die Frau plötzlich zur Erde. Man nahm einen Ohnmachtsanfall an und benachrichtigte einen in der Nähe wohnenden Arzt. Doch dieser konnte nur den Tod der Frau feststellen. Ein Herzschlag hatte dem Leben ein Ende gesetzt.

pn. **Vogelsang.** Vom Wirbelwind erfaßt. Eine Frau, die sich auf dem Wege von hier nach Gevelsberg befand, wurde in der Schnellmark von einem Wirbelwind erfaßt und fünf Meter weit fortgeschleudert. Sie flog gegen eine Mauer und blieb mit erheblichen Verletzungen liegen.

Krawalle bei der Zwangsräumung einer Wohnung.

Ein Polizeibeamter mit einem Beil angegriffen.

In Neumünster ereigneten sich bei der Zwangsräumung einer Wohnung Zusammenstöße mit der Polizei. Als sich ein Gerichtsvollzieher und mehrere Polizeibeamte eingefunden hatten, um die Wohnung einer Frau Urbath zu räumen, erschienen etwa 40 Kommunisten, die den Amtshandlungen der Beamten Widerstand entgegensetzten. Als die Polizei mit Gummiknüppeln vorging, flüchteten die Kommunisten in nahegelegene Wohnungen, davon die Hälfte in die Urbathsche Wohnung. Die Polizei mußte gewaltsam eindringen, wobei ein Oberwachtmeister von einem Burschen mit einem Beile angegriffen wurde. Erst als die Beamten alle Kommunisten in einer Ecke des Hofes zusammengetrieben hatten und sie mit dem Revolver in der Hand bewachten, konnte die Räumung der Wohnung durchgeführt werden.

Brandstiftung in Bad Flinsberg?

Der Besitzer des Fremdenheims verhaftet.

In der Nacht brach in dem vierstöckigen Fremdenheim St. Hubertus in Bad Flinsberg ein Dachstuhlbrand aus. Bei dem stürmischen Wetter griff der Brand schnell um sich und erstreckte sich bald über das ganze Gebäude. Den Feuerwehren gelang es, den Brand auf das Fremdenheim zu beschränken, dessen Dachstuhl völlig ausbrannte. Das Feuer war zu gleicher Zeit an verschiedenen Stellen zum Ausbruch gekommen. Der Besitzer Max Gebauer wurde unter dem Verdacht, das Feuer selbst angelegt zu haben, verhaftet. Das Haus, das kurz vor der Zwangsversteigerung stand, war hoch versichert.

Die Einsturzkatastrophe von St. Margrethen.

Ein Träger brach.

Das schwere Einsturzunglück in St. Margrethen im schweizerischen Kanton St. Gallen hat, wie jetzt feststeht, zehn Todesopfer gefordert. 40 Personen sind mehr oder minder schwer verletzt worden.

Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht restlos geklärt. Den ersten Anlaß zum Bruch der Decke des Gebäudes der Kühlhaus A.-G gab ein über der Tür angebrachter T-Träger, der plötzlich durchbrach. Unter den getöteten Personen befinden sich vier männliche Angestellte und sechs Frauen und Mädchen. Die Inhaber der Kühlhaus A.-G sind ein Holländer, der früher jahrelang in Hamburg lebte, und ein Unge...

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 21. Oktober.

Wieder Reichstagswahlen auf See.

Bremen. Nach einer Verordnung des Reichsministeriums des Innern werden auch für die am 6. November 1932 stattfindenden Wahlen nicht nur auf den Bahnhöfen der deutschen Hauptstädte Wahlmöglichkeiten gegeben, sondern auch auf deutschen Seeschiffen, sofern diese in das Schiffsregister eingetragen sind und am Wahltage mindestens 50 stimmberechtigte Personen an Bord haben. Reisende deutscher Staatsangehörigkeit, die ihr Wahlrecht auf See ausüben wollen, müssen im Besitz von Stimmscheinen sein, die sie sich vor Antritt ihrer Reise von den für sie zuständigen Wahlämtern ihrer Heimatorte aushändigen lassen können.

Großer Spiritusschmuggel an der deutsch-polnischen Grenze.

Kattowitz. Die polnische Grenzpolizei verhaftete die angeblich deutsche Staatsangehörige Pieprzica unter dem Verdacht des Spritschmuggels. Nach den Ermittlungen der Grenzpolizei sollen durch Vermittlung der Verhafteten so umfangreiche Mengen Spiritus nach Polen geschmuggelt worden sein, daß der Polnische Staat einen Verlust von etwa 500 000 Zloty erlitten hat. Der Spiritus soll durch Schmugglerbanden von 15 bis 20 Personen über die Grenze gebracht worden sein.

Sieben Kinder auf einem Berliner Wohlfahrtsamt ausgesetzt. Auf einem Berliner Wohlfahrtsamt erschienen mehrere Frauen und verlangten eine Heraufsetzung ihrer Unterstützungssätze. Als der Vorsteher den Frauen erklärte, daß ihre Anträge erst geprüft werden müßten, verließen sie das Wohlfahrtsamt. Nach ihrem Weggang wurde festgestellt, daß einige der Frauen ihre Kinder, insgesamt sieben, auf dem Wohlfahrtsamt zurückgelassen hatten. Da sich zunächst nicht feststellen ließ, wem die Kinder gehörten, wurden sie von einer Fürsorgeschwester in das Waisenhaus gebracht.

Bildfunk Berlin—Vatikan aufgenommen.

Rom. Die Funkstation des Vatikans hat den telegraphischen Bilddienst mit Berlin aufgenommen. Der Bildfunk mit Paris ist bereits seit einiger Zeit in Betrieb.

Nachspiel zum Tumult in der Stolper DNVP.-Versammlung.

Stolp (Pommern). Die hiesige Große Strafkammer verurteilte im Schnellverfahren den nationalsozialistischen Abgeordneten Czirnick wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung auf Grund der Notverordnung vom 9 August 1932 zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten Zuchthaus, die in eine Gefängnisstrafe von vier Monaten zwei Wochen umgewandelt wurde. Der Anklage lag der Tumult in der Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei zugrunde.

Neue Waffenfunde in Wien-Simmering.

Wien. Die Polizei hat in Verfolg der Simmeringer Vorfälle am vergangenen Sonntag neue Haussuchungen in Simmering vorgenommen, u. a. in einer Baracke, die dem Schutzbund gehörte. Bei dieser Haussuchung wurden 17 Gewehre, 800 Schuß Munition, eine Kiste Handgranaten aufgefunden und beschlagnahmt.

Aus der Gefangenschaft chinesischer Räuber befreit.

London. Der Sohn des englischen Generals Sir Charles Corkran und die 19jährige Engländerin Frau Pawley, die vor etwa zehn Wochen von chinesischen Räubern in der Mandschurei entführt worden waren, sind jetzt wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Höhe des Lösegeldes beträgt angeblich 200 000 Mark sowie 250 Pfund Opium und Lieferung von Winterkleidung. Außerdem wurde den Räubern Straffreiheit und die Eingliederung in die mandschurische Polizei (!) zugestanden.

Mißtrauensantrag gegen die österreichische Regierung abgelehnt.

Wien. Im Österreichischen Nationalrat wurde der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen die Regierung des Bundeskanzlers Dollfuß zugunsten des von den Großdeutschen eingebrachten zurück...gen und in namentlicher Abstimmung ebenfalls mit 83 geg... 78 Stimmen abgelehnt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren

herzlichsten Dank.

Ww. Johann Kriehn
Familie Friedrich Koch

Halver, 21. Oktober 1932.

Amt Kierspe.

Handwerkskammer-Beiträge.

Die Hebeliste über die von den Handwerksbetrieben in der Gemeinde Kierspe für das Rechnungsjahr 1932 zu zahlenden Beiträge zur Handwerkskammer liegt vom 24. d. M. an 14 Tage lang auf Zimmer 4 des Amtshauses zur Einsicht der Handwerker offen. Einsprüche sind spätestens 8 Tage nach der Auslegung der Listen beim Amt Kierspe anzubringen.

Kierspe, den 19. Oktober 1932.

Der Gemeinde-Vorstand.

Bürgersteuer.

Der Kreisausschuß hat auf Grund des Beschlusses des Gemeinde-Vorstandes vom 14. d. M. und der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 6. 10. 31. und 4. 9. 32. sowie nach § 2 der Preuß Verordnung vom 29. 9 32. (G. S. S. 323) genehmigt, daß in der Gemeinde Kierspe für das Kalenderjahr 1933 die Bürgersteuer in Höhe von 500 v. H. des Landessatzes erhoben wird.

Kierspe, den 20. Oktober 1932.

Der Gemeinde-Vorstand.

Am Lüdenscheid.

Oeffentliche Mahnung!

Es werden angemahnt:

Staatliche Steuer vom Grundvermögen, Hauszinssteuer, Gemeindegrundsteuer, Hundesteuer, Gewerbeertragsteuer, Müllabfuhrgebühren, Bürgersteigkosten, Beleuchtungskosten, Landw. Berufsgenossenschaftsbeitrag und Landwirtschaftskammerbeitrag für den Monat Oktober 1932.

Ab 24. d. M. erfolgt zwangsweise Beitreibung.

Die Amts- und Gemeindekassen-Verwaltung Lüdenscheid.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rönsahl Band 5 Blatt Nr. 125 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück **am 2. November 1932**, vormittags 10½ Uhr an der Gerichtsstelle, Gerichtsstraße Nr. 14 Zimmer Nr. 8 versteigert werden. Gemarkung Rönsahl, Holz hinterm Heuerhäuschen groß 28,33 ar mit 0,56 Tlr. Reinertrag.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Juni 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals die **Ehefrau Kaufmann Karl Grüterich, Else geb. Putsch zu Niederwöste bei Rönsahl** eingetragen.

Meinerzhagen, den 6. September 1932.

Das Amtsgericht.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kierspe. Sonntag 9,30 Uhr Kindergottesdienst 10,30 Uhr Hauptgottesdienst, Pfarrer Eggerling, Dienstag 8,30 Uhr Jungmädchenbund. 8,30 Uhr Posaunenchor Kierspe. Freitag 8,30 Uhr Kirchenchor. Samstag 2,30 Uhr Jungschar

Ev. Gemeinde Kierspe-Bhf. Sonntag 9,30 Uhr Kindergottesdienst, 10,45 Uhr Gottesdienst. 4 Uhr Bibelstunde Montag 8,30 Uhr Gemeinschaftschor, Dienstag 8.15 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Jungmädchenbund. Freitag 3.15 Uhr Frauenhilfe. Samstag 2,30 Uhr Jungschar.

Bollwerk. Sonntag 9,30 Uhr Gottesdienst 10,30 Uhr Kindergottesdienst 10 Uhr Kindergottesdienst in Bollme. Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor Bollme. Mittwoch 8,30 Uhr Kirchenchor.

Freie ev. Gemeinde Kierspe-Bahnhof: Sonntag 9,30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kinder Sonntagsschule, 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein, 20,30 Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 2,30 Uhr Gebetstunde. Donnerstag 20.30 Uhr Gemischter Chor. Freitag 830 Uhr Jünglingsverein.

Miele

das Fahrrad, von dem man spricht und das man kauft,



weil seine Qualität höher ist als sein Preis. Miele-Melior-Chrom-Fahrrad wird zum Beispiel schon für den erstaunlich niedrigen Preis von **RM. 81.-** *geliefert.*

Zu haben in den Fahrradhandlungen

Mielewerke A.G., Gütersloh/Westf.

Habe mich in **Halver**, Berlinerstr. 35, Telefon 461, als

Rechtsbeistand

niedergelassen.

Sprechstunden:
Montag, Mittwoch u. Freitag v. 8½-17½ Uhr

in Kierspe-Bahnhof (Tannenbaum) Wirtschaft Weyland, Telefon 371.

Sprechstunden:
Dienstag, Donnerstag und Samstag von 8½-17½ Uhr.

Wilhelm Grebe

Heil-Institut
H. Steinberg
Halver, Berlinerstr. 35

Behandlung von
Nieren, Blase,
Rheuma, Gicht, Ischias,
Verkalkung.
Herz- und Lungenleiden

Sprechstunden:
Dienstag, Donnerstag, Samstag von 2-7 Uhr

Geschäftseröffnung!

Ich teile auf diesem Wege der Einwohnerschaft von **Schalksmühle und Umgegend** mit, daß ich am 12. d. Mts. im **elterlichen Hause in der Klagebach** b. Schalksmühle ein

Damen- und Herrenschneider-Maßgeschäft

eröffnet habe.

Eugen Rentrop, Schneidermeister,
Schalksmühle-Klagebach.

Instandsetzung von Altwohnungen,

Umbau von Großwohnungen zu Kleinwohnungen und gewerbl. Räumen zu Wohnungen.

Anträge zwecks Erlangung der staatl. Zuschüsse hierzu mit den erforderlichen fachmännischen Unterlagen fertigt schnell und zuverlässig an.

G. Helferich, Architekt
Halver, Fernruf 222.

Landwirtschaftsschule zu Lüdenscheid

Der Unterricht beginnt Donnerstag, den 3. Nov. 32

Anmeldungen erbittet:
Der Direktor.

Persil wäscht Wolle wunderbar!

Große Auswahl in

Herren u. Burschenhosen

in den Preislagen von **1,95 bis 15,— RM** empfiehlt:

Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.

Mütterberatungsstunde

findet statt
am Dienstag, dem 25. d. M., nachm. 3½ Uhr in der **Gastwirtschaft Heedfeld in Schalksmühle** Hälverstraße.

Der Bürgermeister.

Empfehle mich in
sämtlichen
Kurbelarbeiten
Cl. Crummenerl,
Halver, Jägerstr. 8.

Neue billige

Romane

Volksausgaben — Gute Orginal Leinen-Bände.

Hollaender, F	Baumeister Keßler	RM.	2,40
Ganghofer	Der laufende Berg	„	2,40
Ammers-Küller	Die Frauen der Coornvelts	„	2,85
„	Frauenkreuzzug	„	2,85
Mann, Thomas	Königliche Hoheit	„	2,85
Frenssen, Gust.	Der Pastor von Poggsee	„	2,85
Raabe, Wilh.	Der Hungerpastor	„	2,85
Hamsun, Knut	Das letzte Kapitel	„	2,85
Jacobsen	Niels Lyhne	„	2,85
Keller, Paul	Das letzte Märchen	„	2,85
„	Die fünf Waldstädte	„	2,85
„	Seminartheater	„	2,85
„	Stille Straßen	„	2,85
„	Die alte Krone	„	3,75
Schröer, Gust.	Der Freibauer	„	2,85
Sudermann, H.	Frau Sorge	„	3,50
Rosegger, Peter	Erdsegen	„	3,50
Rose, Felicitas	Der Tisch der Rasmussens	„	3,80
„	Bilder aus den vier Wänden	„	3,80
„	Meerkönigs Haus	„	3,80

vorrätig **Buchhandlung**

Wilh. Bell jr., Halver.

Telefon 442.

Achtung!

Kein Umarbeiten, Umpressen alter abgetragener Hüte zu hohen Preisen Biete an!!

Neue Hüte

moderne Formen, neuste Farben zu RM. 2.80, 3,25, 3.50, 3.80 usw

Fr. Kattwinkel, Hut-Lager Halver i. W.

Rheinische Maschinenfabrik

mit epochemachenden Neuerungen i. d. Lebensmittelbranche hat noch einige

Gesellschafts-Anteile

von 2—3000 M. aufwärts abzugeben

1 Bürobeamter, 2 Reisebeamten, 3 Dreher erhalten bei obiger Beteilig. Lebensstell.

Angebote unter **M 585** an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers Halver erbeten.

Photographien

als Geschenke.

Preise zeitgemäß.

•

Ad. Kaiser, Halver (Westf.)
Berlinerstraße 5.

Jeder spielt

Jo! Jo!

15 Pfg.

Wilh. Bell jr., Halver.

Inserieren bringt Gewinn

Kölner Butternotierungen vom 21. Oktober.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilogramm ab Verladestation ohne Verpackung 1 Qualität 236, 2. Qualität 226, 3. Qualität 216. Tendenz: Ruhig.

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 21. Oktober.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen, rhein. 74 Kg.	20,60	Weizenkl.	8,00— 9,75
Weizen ausl.	24,00—24,50	Roggenkl.	7,00— 7,75
Roggen rhein. 70—71 Kg.	16,25	Biertreber	10,75—11,50
Roggen nordd.	—	Leink. 38 Prz.	11,25—11,50
Roggen ausl.	18,25—18,75	Erdnußkm. 50 Prz.	11,25—11,50
Hafer hiesiger	14,25—14,50	„ 54 „	12,25—12,50
Hafer nordd.	16,00—17,00	Soyaschr. 46 Proz.	10,75—11,25
Hafer ausl.	—	Rapsk. 38 Prz.	8,75
F.-Gerste ausl.	—	Palmkernk. lof.	9,00— 9,50
W.-Gerste inl.	17,25—17,50	Trockenschn. l.	—
S.-Gerste inl.	18,00—18,50	Zuckerschn. lof.	9,25— 9,75
Mais grober	16,75	Rohmelasse	8,75—10,00
Mais kleiner	17,50	Wiesenheu inl. lose neu	4,60— 5,40
Weizenmehl inländ.	28,75	gepreßt	—
Rhein. Weizenbäckermehl m.		Kleeheu inl. lose neu	5,80— 6,50
Auslandswz.	29,75	gepreßt	—
Roggenmehl 70 Prz. inl.	23,25—23,75	ausländisches	—
70 Prz. m. ausländ. Roggen	24,25	Roggenstr gepr. neu	1,30— 1,50
Roggenschrot inländischer	20,00	Weizenstr. gepr. neu	1,30— 1,40
ausländisch	20,25	Haferstroh gepr.	1,20— 1,30

brutto mit Sack ab rhein. St.

Stimmungsbericht: Die matte Haltung für Weizen und Weizenmehl machte heute weitere Fortschritte. Anderes Getreide sowie Futtermittel wenig verändert.

Gewinnauszug

1. Klasse 40. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag — 21. Oktober 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 392208
2 Gewinne zu 10000 M. 133992
4 Gewinne zu 5000 M. 339295 379313
8 Gewinne zu 3000 M. 251440 257004 346573 380928
6 Gewinne zu 2000 M. 202377 351273 387524
22 Gewinne zu 1000 M. 35896 67247 77887 95461 113765 141129 230686 342050 354463 373905 384516
32 Gewinne zu 800 M. 7440 11840 23465 53357 72829 78153 126478 137433 161586 267907 278551 322182 331760 350062 374078 374217
62 Gewinne zu 500 M. 39288 51282 51513 62777 85650 100425 113999 131963 134012 135343 137461 165782 166778 181589 189478 201230 218058 223311 238184 241798 255577 267227 271587 280395 291494 302204 321505 323553 325537 347493 361763

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 389113
4 Gewinne zu 5000 M. 217127 318377
6 Gewinne zu 2000 M. 115914 237085 341420
36 Gewinne zu 1000 M. 7923 20902 50548 63994 91617 160945 250017 264978 278892 283109 283989 286825 307740 345202 346236 392798 394452 398463
48 Gewinne zu 800 M. 6159 19245 27340 31955 46185 51489 98646 105346 105774 123330 138048 167617 187956 196306 243156 264876 277045 287999 320304 332845 345436 387986 389491 395854
44 Gewinne zu 500 M. 15173 18749 19526 54239 55443 56800 60735 96984 107463 154817 157740 162480 200883 211888 228914 253027 266567 279483 292320 320666 347651 391495

Pflanzkartoffeln

Dr. Johansen, **erster Nachbau von Orginalsaat**, gelbfleischig, hochfein im Geschmack, liefert Massenerträge, hat in saatfertiger Ware zu Tagespreisen **abzugeben.**

Gebr. Abel,
Schultenhedfeld b. Halver.

Lungen- und Asthmakranken

ist unser Kräuter-Tee „Silvana" von hervorragend durchgreifender Wirkung „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt" schreibt E. W. in P. „Auswurf, Nachtschweiss, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf". „Unser Arzt freut sich selbst, dass der Tee mir bekommt", so lauten begeisterte Dankschreiben über glänzende Erfolge in wenigen Tagen, wo andere Kuren jahrelang vergeblich waren. Pro Paket 1 Mk. Nachn., frei verkäufl. **Silvana Tee-VertriebAugsburg.** (6928)

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Tochter, Albert Gast und Frau Ida geb. Noll, Schmidtsiepen.

Verlobte:

Else Jaeger und Robert Bergmann, Hohensyburg und Brügge.

Vermählte:

Ernst Löschper, Kierspe-Bhf. und Elly Halfmann, Lüdenscheid. — Karl Burgard und Emma Anna Mathilde Hamel, Ehringhausen. — Erich Domininghaus und Else Heuckelbach, Brügge-Winkhausen.

Gestorben:

Johann Kriehn, Halver, 79 J. alt. — Ww. Karl Turk, Emma geb. Schöttler, Spädinghausen, 81 J. alt. — Ww. Fritz Rutenbeck, Auguste geb. Peyinghaus, Ehringhausen, 80 J. alt. — Lina Bergfeld, Breckerfeld, 24 J. alt.